

Michael Fichter
Richard Stöss
Bodo Zeuner

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Antrag für die Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung
und der Hans Böckler Stiftung

Überarbeitete Fassung

Berlin, März 2002

1. Allgemeine Angaben

1.1 Antragsteller

Dr. Michael **Fichter**, geb. 1946
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik
Ihnestr. 26, 14195 Berlin, Tel. 030-838 55035/55041, FAX 030-8385 5042
E-Mail: mfichter@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/tu/index.html>

PD Dr. Richard **Stöss**, geb. 1944
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie
Ihnestr. 26, 14195 Berlin, Tel.: 030-838 52023, FAX 030-838 54960
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/stoess/>

Prof. Dr. Bodo **Zeuner**, geb. 1942
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik
Ihnestr. 26, 14195 Berlin, Tel. 030-838 54956/4966, FAX 030-838 55042
E-Mail: zeunerbo@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/tu/index.html>

1.2 Antragstitel

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

1.3 Anwendungsorientierter Nutzen

Siehe dazu Abschnitt 6.2 d, S. 27 ff.

1.4 Voraussichtliche Gesamtdauer

22 Monate

1.5 Antragszeitraum

1.1.2003 bis 31.10.2004

1.6 Beginn der Förderung

1.1.2003

2. Kurzfassung

Gewerkschaften sind Terra incognita der Rechtsextremismusforschung. Die verbreitete Auffassung, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen und daher aus denselben Gründen genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Nicht-Mitglieder, ist empirisch niemals auf einer breiten Datenbasis überzeugend nachgewiesen worden. Wir gehen von der noch zu überprüfenden Annahme aus, dass GewerkschafterInnen generell durch besondere Einstellungen und Wertorientierungen geprägt sind, die mit der Organisationsstruktur und dem Organisationszweck der Gewerkschaften korrespondieren. Diese Mentalität kann Rechtsextremismus abwehren, bietet zugleich aber auch Ansatzpunkte für die Übernahme rechtsextremer Gedanken. Daher dürften sich einige Mitgliedergruppen als relativ immun, andere als anfällig für Rechtsextremismus erweisen. Jedenfalls stellt der Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern ein eigenständiges Objekt der Rechtsextremismusforschung dar, bei dem sich die Adaption bzw. Abwehr von Rechtsextremismus nach speziellen Gesetzmäßigkeiten (im statistischen Sinne) vollziehen. Wenn sich Gewerkschaften gegen den Rechtsextremismus in den eigenen Reihen erfolgreich wehren wollen, sind sie mithin auf Untersuchungen angewiesen, die Auskunft darüber geben, welche Teile ihrer Basis aus welchen Gründen und in welchem Ausmaß anfällig für Rechtsextremismus sind und durch welche Merkmale ihr rechtsextremes Weltbild geprägt ist. Da derartige Untersuchungen nicht vorliegen, planen wir zum einen eine Befragung von jeweils 2000 Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, um Multiplikatoren, Adressaten, Inhalte bzw. Methoden und Orte zu identifizieren, die für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus von Bedeutung sein könnten. Zum anderen planen wir eine auf der quantitativen Befragung aufbauende qualitative vertiefende Studie (leitfadengestützte Gruppendiskussionen mit BildungsteilnehmerInnen und Experteninterviews), um rechtsextreme Einstellungs- und Orientierungssyndrome unter Berücksichtigung der Subjekt-Perspektive zu erhellen und zu typisieren, ohne dass es dabei auf deren quantitative Verteilung ankäme. Das Forschungsvorhaben ist für eine Laufzeit von 22 Monaten geplant und verursacht Kosten in Höhe von € 205.120,-

3. Allgemeine Anmerkungen zu den Gutachten

Da sich die Gutachten überwiegend auf das Untersuchungskonzept insgesamt beziehen, nehmen wir dazu zusammenhängend in diesem, neu in den Antrag eingefügten, Abschnitt Stellung. Weitere Äußerungen der Gutachter sind bei der Überarbeitung des Antrags berücksichtigt worden. Dies

gilt insbesondere für die Variablenliste der quantitativen Untersuchung und für die qualitative Studie. Überdies haben wir den Kostenrahmen reduziert.

Wir waren bemüht, den Text und den Anmerkungsapparat möglichst knapp und übersichtlich zu halten. Literaturangaben erfolgten nur, wenn es unbedingt geboten erschien. Auf allgemeine Belege und Querverweise – und erst recht auf Selbstzitationen – wurde und wird aus grundsätzlichen Erwägungen weitmöglichst verzichtet. Die Antragsteller sind schließlich seit Jahrzehnten in der akademischen Debatte ihrer jeweiligen Forschungsgebiete präsent und durch Projekte und Publikationen ausgewiesen. Wenn mittlerweile auch viele Umfragen vorliegen, die sich auf Rechtsextremismus oder Teilaspekte davon beziehen, befassen sich doch nur wenige WissenschaftlerInnen kontinuierlich mit den methodischen Problemen der Messung von Rechtsextremismus. Sie befinden sich in ständiger Kommunikation, um ihre Messinstrumente und die diesbezüglichen Anwendungsverfahren zu optimieren und zu vereinheitlichen. Im März 2001 wurden von dieser Gruppe – wie im Erstantrag in Anmerkung 28 mitgeteilt - ein Konsens über die Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters hergestellt und Statements ausgewählt bzw. ausgearbeitet, die als Grundlage für die Bildung einer einheitlichen Rechtsextremismusskala dienen sollen (Anhang). Die Statements werden derzeit empirisch getestet. Die Ausarbeitung von Instruktionen für die Anwendung des Messinstruments wird im Frühjahr 2002 erfolgen. Entsprechende Empfehlungen dürften Mitte 2002 vorliegen.

Wir sind in der ursprünglichen Fassung des Antrags absichtlich nicht auf Messprobleme eingegangen (und tun das auch in dieser Fassung nicht), weil das den Umfang des Texts sprengen würde und weil wir – wichtiger noch – keineswegs alle anstehenden Messprobleme bereits gelöst haben. Ein Beispiel: Zwar findet sich die Kategorie "Modernisierungsverlierer" in nahezu jeder einschlägigen Publikation, es existiert freilich nicht einmal ein Vorschlag, wie diese Kategorie auf der Mikroebene operationalisiert werden kann, geschweige denn ein ausgearbeitetes Konzept, das den üblichen Anforderungen an die Reliabilität und Validität von Messinstrumenten entspricht. Dies gilt auch für viele andere Kategorien unseres Untersuchungskonzepts. Es wird Aufgabe des Forschungsprojekts sein, derartige Konzepte zu entwickeln. Jeder Vorschlag, zusätzliche Variablen in die Untersuchung einzubeziehen, muss sich daran beurteilen lassen, ob für den Sachverhalt valide und reliable Messinstrumente zur Verfügung stehen oder entwickelt werden können. Dies gilt insbesondere für Variablen, die von der Mesoebene (oder gar der Makroebene) auf die Mikroebene transferiert werden sollen. Nicht jede Variable, die in der Gewerkschaftsforschung einge-

führt und nützlich ist, eignet sich für diesen Transfer. Zwar haben wir uns in der Voruntersuchung¹ bereits mit Operationalisierungen und Messproblemen befasst und sind dabei auch ein gutes Stück voran gekommen, die endgültigen Festlegungen müssen allerdings Bestandteil des Forschungsprozesses sein ("Ausarbeitung des Fragebogens").

Dabei stehen wir vor dem Problem, dass wir uns nicht auf einschlägige Referenzuntersuchungen beziehen können, also weithin Neuland betreten müssen. Unsere Formulierung, dass Gewerkschaften "Terra incognita der Rechtsextremismusforschung" darstellen, ist keine Übertreibung sondern Realität: In Deutschland liegt keine empirisch-quantitative Studie vor, die rechtsextreme Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zum Gegenstand hat. Zwar verfügen wir über Befragungen, die sich auch mit rechtsextremen, zumeist allerdings fremdenfeindlichen bzw. rassistischen, Einstellungen von jungen Leuten, Auszubildenden und anderen Teilpopulationen (Arbeiter, Berufsschüler, Bundeswehroffiziere usw.) befassen und dabei auch Gewerkschaftsmitglieder ausgewertet haben. Insoweit diese Studien brauchbare Messinstrumente enthalten, werden wir sie – selbstverständlich – auch übernehmen, ohne dass wir das im Erstantrag expliziert haben. Dies gilt entsprechend für die Literatur, die sich mit Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern zu allgemein politischen Fragen, zu grundlegenden Problemen der industriellen Beziehungen oder zum Zustand bzw. zur Zukunft der Gewerkschaften befasst. Dies haben wir im Erstantrag mit der Formulierung "Einstellungen zu Gewerkschaften, zu sozialen und politischen Fragen" ausdrücken wollen. Die Gutachter haben dazu weitere Vorschläge gemacht, die wir dankbar aufgegriffen und in die Variablenliste (siehe unten S. 31 f.) aufgenommen haben. Dies alles ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Mikroebene des Rechtsextremismus in den Gewerkschaften noch nicht systematisch untersucht worden ist. Dies leitet über zu unserem Untersuchungskonzept.

Das Untersuchungskonzept erschöpft sich nicht darin, rechtsextreme Einstellungen bei einer Teilpopulation (den Gewerkschaftsmitgliedern) zu untersuchen. Das wäre nicht sonderlich originell. Uns geht es viel mehr um **organisationsspezifische Verhaltensweisen zum Rechtsextremismus** und um diesen Verhaltensweisen entsprechende Einstellungen von Mitgliedern einer Freiwilligenorganisation, die durch spezielle Interessen, Ziele und Strukturen gekennzeichnet ist. Das ist das absolut Neue an unserem Vorhaben. Wir stellen (auf der Mikroebene) einen Zusammenhang her zwischen Organisation und Mentalitäten. Dass dieser Zusammenhang auch bei Gewerkschaften besteht, darf angenommen werden. Er ist auf der Ebene der allgemeinen politischen Einstel-

1 Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001.

lungen und Wertorientierungen allerdings nur selten, für den Bereich des Rechtsextremismus dagegen nie empirisch untersucht bzw. nachgewiesen worden. Aber auch hinsichtlich der allgemeinen politischen Ebene ist der Forschungsstand nicht gerade überwältigend. Die meisten der von den Gutachtern genannten Autoren beziehen sich nicht auf die Mikro-, sondern auf die Mesoebene.

Beispiel Richard Hyman: Wenn Hyman von gewerkschaftlicher Identität oder Ideologie spricht, dann meint er politische Strategien oder Programme der Gewerkschaften, nicht aber individuelle Einstellungen oder Wertorientierungen. Ob die von ihm für die Mesoebene konstatierten Entwicklungen (ideologische Desorientierung, Erosion von Kollektividentitäten etc.) auch für die Mikroebene gelten, untersucht er nicht (das ist auch nicht sein Thema). Er behauptet allenfalls beiläufig (und durchaus nachvollziehbar), was wir ebenfalls behaupten, dass nämlich Gewerkschaften als Organisationen die soziale Realität ihrer Basis, also Traditionen, Werte, Normen usw., verkörpern und sie zugleich prägen.

Bei der Analyse der Mentalität von Gewerkschaftsmitgliedern orientieren wir uns an dem in der empirischen Einstellungsforschung maßgeblichen Konzept der (politischen) "Überzeugungssysteme" ("belief systems"), das auf Converse zurück geht². Auch dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden, nur so viel sei gesagt: Die Stärke des Konzepts besteht darin, dass es Einstellungsmustern Systemcharakter unterstellt. Die Bestandteile dieses Systems bilden gewissermaßen ein zusammenhängendes Muster, das nur selten völlig konsistent, also ideologisch strukturiert, sondern zumeist plural verfasst ist. (Auf diese Pluralität gründet sich unser Untersuchungskonzept.) Die Elemente dieses Überzeugungssystems bestehen aus übergeordneten Werten und Einstellungen in Bezug auf die Gesellschaft, nicht aber aus Meinungen zu bestimmten Sachfragen. Das Überzeugungssystem steuert vielmehr derartige Meinungen. Das Überzeugungssystem der Gewerkschaftsmitglieder sollte folglich aus einer besonderen Konstellation von Grundwerten und grundlegenden politischen Einstellungen, nicht aber aus Meinungen zu speziellen Fragen, beispielsweise der Betriebs-, Tarif-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik, bestehen. So gesehen ließen sich Gewerkschaften schlagwortartig auch als "Wertegemeinschaften" bezeichnen.

2 Philip E. Converse, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter (Hrsg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press 1964, S. 206-261.

Gestützt auf unsere Voruntersuchungen und weitere Studien vermuten wir (und wollen empirisch nachweisen), dass ein spezifisches gewerkschaftliches Überzeugungssystem existiert, das mit dem Organisationszweck und der Organisationsstruktur der Gewerkschaften korrespondiert. Dieses plurale "belief system" enthält – so vermuten wir weiterhin und ebenfalls auf unsere Voruntersuchungen gestützt - Elemente, an die rechtsextreme Einstellungen andocken können, die sie möglicherweise sogar anziehen, und Elemente, die Rechtsextremismus eher abwehren. In diesem Zusammenhang haben wir in der ersten Fassung unseres Antrags mehrfach davon gesprochen, dass sich bei Gewerkschaftsmitgliedern Adaption und Abwehr von Rechtsextremismus vermutlich "nach besonderen Gesetzmäßigkeiten vollziehen". Wenn wir diesen Begriff im Kontext der empirischen Sozialforschung gebrauchen, meinen wir natürlich *statistische* Gesetzmäßigkeiten.

Es geht also auf den Zusammenhang von Organisationsziel und Organisationsstruktur der Gewerkschaften, gewerkschaftlichem "belief system" und Einstellungen zum Rechtsextremismus. Dieser in der Forschung bislang unbeachtete Zusammenhang soll in einer **explorativen** Studie empirisch nachgewiesen und einer detaillierten Analyse unterzogen werden. Wie bei jeder explorativen empirischen Untersuchung besteht das Risiko, dass das, was nachgewiesen werden soll, empirisch nicht beobachtbar ist oder überhaupt nicht existiert. Dieses Risiko haben wir durch unsere Voruntersuchungen verringert (aber nicht völlig ausgeschaltet), in dem wir einige – datenbedingt zufällige, aber mit empirischer Evidenz versehene – Thesen entwickelt haben. So verfügen wir zwar über empirische Hinweise auf, nicht aber über einen gesicherten Nachweis für die Existenz eines derartigen, bei den Mitgliedern verankerten Überzeugungssystems. Und wir haben nur eine ungefähre Vorstellung davon, wie es beschaffen ist und wie bzw. wo es Rechtsextremismus abwehrt bzw. für Rechtsextremismus empfänglich ist. Unsere Voruntersuchungen liefern (datenbedingt) allerdings keine Hinweise darauf, bei welchen Gruppen sich warum derartige Adaptions- bzw. Abwehrvorgänge vollziehen. Daher können wir diesbezüglich auch keine Thesen formulieren.

Damit dürfte auch deutlich geworden sein, dass es uns in erster Linie nicht um die (vergleichsweise gut erforschten) allgemeinen Ursachen von Rechtsextremismus geht. Daher haben wir diesen Teil des Antrags auch sehr kurz gefasst und die einzelnen Konzepte nur summarisch dargestellt. Da diese Faktoren auch auf Gewerkschaftsmitglieder wirken, werden Persönlichkeitsmerkmale, Unzufriedenheit, relative Deprivation, Individualisierung usw. auch Gegenstand der Befragung sein. In der Analyse sollen sie jedoch auf den Rechtsextremismus von Gewerkschaftsmitgliedern bezogen, also als Bestimmungsfaktoren für Anfälligkeit für bzw. Immunität gegenüber Rechtsextremismus analysiert werden. Und sie sollen auf die Arbeitswelt übertragen werden, weil wir an-

nehmen, dass die "materiellen" Ursachen für die Offenheit bzw. Abwehr des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems gegenüber Rechtsextremismus in erster Linie in der Arbeitswelt zu suchen sind. (Dieser Bereich ist auch für gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen vorrangig.) Natürlich können wir nicht ausschließen, dass dafür auch lebensweltliche Variablen verantwortlich sind. Nicht zuletzt aus Kostengründen muss dieser Bereich jedoch in unserem Projekt ausgeklammert werden.

In diesem Zusammenhang monieren die Gutachter, dass wir als Untersuchungsgegenstand neben dem Rechtsextremismus von Gewerkschaftsmitgliedern teilweise auch den Rechtsextremismus in der Arbeitswelt genannt haben. In der Tat finden sich im Antrag an einigen Stellen missverständliche Formulierungen (die in der Neufassung beseitigt wurden). Wir stellen klar: **Untersuchungsgegenstand sind rechtsextreme Einstellungen und deren Abwehr bei Gewerkschaftsmitgliedern.** Um die Bedeutung von ermittelten Gesetzmäßigkeiten für unsere Untersuchungsgruppe (Gewerkschaftsmitglieder) beurteilen zu können, bedarf es allerdings des Vergleichs mit einer Kontrollgruppe. Dabei handelt es sich vernünftigerweise um Befragte, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. (Daher ziehen wir je eine Stichprobe bei Organisierten und Unorganisierten). Unsere These vom speziellen Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern impliziert, dass die erwarteten (positiven oder negativen) Wahrscheinlichkeitsbeziehungen nur für Organisierte, nicht aber für Unorganisierte gelten. Die Variablen (egal ob unabhängige, Kontext-, intervenierende oder sonstige), die wir zu unserer abhängigen Variable (rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern) in Beziehung setzen (also auch Variablen aus der Arbeitswelt), konfrontieren wir selbstverständlich auch mit dem Rechtsextremismus bei der Kontrastgruppe. Und daher befassen wir uns eben *auch* mit dem Rechtsextremismus in der Arbeitswelt, der aber nicht zentraler Gegenstand unserer Studie ist.

Da keine Vorläuferuntersuchungen zum Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern vorliegen, sind unsere diesbezüglichen Ausgangsthesen in der Tat kaum elaboriert. Sie dokumentieren im Grunde auch nur, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen davon bestehen, ob und warum Gewerkschaftsmitglieder besonders anfällig für Rechtsextremismus sind und inwieweit Gewerkschaften selbst zur Ausbreitung von Rechtsextremismus beitragen. Unser Untersuchungskonzept und die diesbezüglich von uns entwickelten Thesen zielen zunächst auf die Lösung des Problems, wie sich die Ausgangsthesen empirisch auf die Ebene der individuellen Einstellungen transferieren und dort wissenschaftlich bearbeiten lassen. Erst dann können sie verifiziert und konkretisiert bzw. differenziert werden. Wie haben sie aus dem – zumeist eher essayistischen – Schrifttum destilliert und sind daher für ihren Inhalt nicht verantwortlich. Auch hinsichtlich der Bezeichnung der Thesen

haben wir uns eng an den jeweiligen Texten orientiert. Zur Bezeichnung "Urheberthese" hat uns der Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus inspiriert, in dem es heißt: "Die Gewerkschaften selbst gerieten in den Verdacht, Urheber rechtsextremer Einstellungen zu sein."³ Schaut man sich die entsprechenden Literaturstellen an, dann ist zumeist auch gemeint, dass Gewerkschaften aktiv oder passiv zur Entstehung rechtsextremer Stimmungen beitragen. Die Bezeichnung "Verstärkerthese" wäre dafür zu schwach. Auch wir haben uns in unserer Voruntersuchung kritisch mit dieser (unter empirischen Gesichtspunkten) "weichen" These auseinandergesetzt⁴, wollen sie dennoch nicht von Anfang an ausklammern. Das Operationalisierungskonzept müsste noch ausgearbeitet werden und hätte sich an der Wahrnehmung der Befragten zu orientieren.

Wir weisen in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass die Ausarbeitung des Fragebogens Teil des Forschungsvorhabens ist. Da eine Befragung auch zeitlichen Restriktionen unterliegt, muss (in der dafür vorgesehenen Projektphase) entschieden werden, welche Themen mit welchen Instrumenten abgearbeitet werden sollen bzw. können und welche Komplexe nicht berücksichtigt werden können, selbst wenn sie als außerordentlich interessant angesehen werden. Die Befragungsdauer hängt im übrigen auch von der finanziellen Ausstattung des Projekts ab.

Die Kosten für das Projekt wurden von ursprünglich DM 485.000.- auf € 205.120,- reduziert.

4. Ausgangslage; Skizzierung des Problemfeldes

Wie lässt sich der erhebliche finanzielle Aufwand für ein empirisches Forschungsprojekt über Gewerkschaften und Rechtsextremismus rechtfertigen?

Zwar sind neuere Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt, dass Gewerkschaftsmitglieder mindestens ebenso anfällig für Rechtsextremismus sind, wie die übrige Bevölkerung. Nach verbreiteter Auffassung stellen Gewerkschafter allerdings ein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Was für die Bevölkerung gilt, trifft demnach auch auf die Gewerkschaften zu. Hinsichtlich der Ursachen und der

3 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Berlin, Mai 2000, S. 16.

4 Stöss (Anm. 1), S. 14 f. Diese These bezieht sich nicht auf die Mikroebene und lässt sich daher mittels Meinungsumfragen allenfalls indirekt überprüfen.

Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und der Wahl rechtsextremer Parteien liegen genügend empirische Studien vor. Welche wirklich neuen Erkenntnisse sollte da eine Gewerkschaftsuntersuchung zeitigen? Mehr noch: In der Rechtsextremismus-Literatur wird immer häufiger die Ansicht vertreten, dass es bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus mittlerweile nicht mehr an Forschungsergebnissen mangelt, sondern an praxisorientierten Konzepten⁵.

Die Behauptung, dass Gewerkschaften ein Spiegelbild der gesamten Gesellschaft sind, widerspricht allerdings nicht nur dem Selbstverständnis der Gewerkschaften, sie kann auch kaum hinreichende empirische Evidenz für sich beanspruchen. Vielmehr unterscheiden sich die grundlegenden politischen Einstellungen und Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern teilweise erheblich von denen der Bevölkerung insgesamt. (Dies schließt nicht aus, dass bei Einstellungen zu konkreten politischen Sachfragen Übereinstimmungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und unorganisierten Arbeitnehmern bestehen.) Gewerkschaftsmitglieder treten beispielsweise sehr viel stärker für soziale Gerechtigkeit ein, sind besonders reformorientiert und sorgen sich besonders um soziale Sicherheit und materiellen Wohlstand⁶. Wenn sich die Mentalität der Gewerkschaftsmitglieder von der der gewerkschaftlich nicht organisierten Bevölkerung teilweise erheblich unterscheidet, ist erklärungsbedürftig, warum Gewerkschaften ausgerechnet beim Rechtsextremismus ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen sollten, zumal Gewerkschafter – jedenfalls lange Zeit – den durchaus begründeten Ruf hatten, weithin immun gegen Rechtsextremismus zu sein. Daher stellt sich die Frage nach dem Verbleib dieser Immunität. Ist sie völlig verloren gegangen oder existiert sie noch in Teilen der Gewerkschaftsbewegung? Welche Gruppen erweisen sich aus welchem Grund als eher resistent, welche als besonders anfällig für Rechtsextremismus? Auf diese Fragen finden sich in der Literatur keine Antworten.

Mit diesem Beispiel wollen wir zeigen, **dass Gewerkschaften Terra incognita der Rechtsextremismusforschung darstellen** (weitere Belege dafür folgen). Zwar liegt in der Tat eine Fülle von – auch empirisch gesättigten – Untersuchungsergebnissen zum Rechtsextremismus vor⁷, aber diese

5 Vgl. Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bon: Bundeszentrale für politische Bildung 2000 (Beiträge im Abschn. C).

6 Richard Stöss/Reinhard Schneider/Menno Smid, *Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft*, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 74; Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhard Schneider, *Arbeitnehmerbewusstsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft*, Frankfurt a. Main/New York: Campus 1989, S. 130, 138; Stöss (Anm. 1), S. 57 ff.

7 Vgl. die Auswahlbibliographie in Schubarth/Stöss (Anm. 5), S. 333-354.

Ergebnisse beziehen sich entweder auf die Bevölkerung insgesamt oder auf spezielle soziale Segmente (Jugendliche, Frauen etc.). Wahlanalysen berücksichtigen zwar zumeist auch die Präferenzen der Gewerkschaftsmitglieder für rechtsextreme Parteien. Aber selbst die WDR-Studie von 1998⁸, die damals erhebliches Aufsehen erregte, befasst sich nicht mit den Ursachen des Wahlverhaltens von Gewerkschaftern und schon gar nicht mit der Frage, ob die gewerkschaftlich organisierten Wähler der rechtsextremen Parteien auch rechtsextrem eingestellt sind und sich womöglich sogar mit den Zielen dieser Parteien identifizieren, oder ob sie diese Parteien hauptsächlich aus Protest gewählt haben.

5. Zielsetzung und Fragestellung des Projekts

Mit dem geplanten Projekt wollen wir die Forschungslücken, die wir gleich noch genauer beschreiben werden, weitest möglich schließen und damit die notwendigen Grundlagen für effektive und zielgenaue Maßnahmen gegen Rechtsextremismus schaffen. Der Titel des geplanten Forschungsvorhabens ist bewusst doppeldeutig formuliert: Untersuchungsgegenstand sind rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensdispositionen von Gewerkschaftsmitgliedern. Der Abschlussbericht der "Kommission Rechtsextremismus" des DGB-Bundesvorstands hat den sozialwissenschaftlichen Forschungsstand zu Formen und Ursachen des Rechtsextremismus in Deutschland umfassend rezipiert und enthält viele Handlungsvorschläge für die Bereiche Betrieb, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Schulen, Medien und Politik. Allerdings war die Erkenntnisbasis der Kommission hinsichtlich der Anfälligkeit bzw. Immunität von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus zwangsläufig unzureichend. Mit dem Forschungsprojekt beabsichtigen wir, einen Beitrag zur Optimierung der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu leisten. Auch dies kommt im Titel der geplanten Studie zum Ausdruck.

8 Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotenzials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 201-226.

6. Forschungsbedarf

6.1 Allgemeine Konzepte zur Erklärung von Rechtsextremismus

Wir stellen zunächst kurz⁹ die wichtigsten Konzepte bzw. Thesen zur Erklärung von Rechtsextremismus vor, weil sie den analytischen Rahmen für die geplante Untersuchung bilden. Im folgenden Abschnitt 6.2 werden wir uns dann dem Rechtsextremismus in den Gewerkschaften zuwenden. Vorab noch ein Hinweis, der für alle Konzepte gilt: Geschlechterspezifische Faktoren spielen auf der Ebene der rechtsextremen Einstellungen der Bevölkerung insgesamt keine Rolle. Frauen sind hier genauso anfällig wie Männer. Unterschiede machen sich erst im Bereich des politischen Verhaltens bemerkbar. So wählen Männer häufiger rechtsextreme Parteien als Frauen, und Gewalttaten werden fast ausschließlich von (jungen) Männern verübt.

a) Der "autoritäre Charakter"

Als individuelle (psychologische) Voraussetzungen für die Ausprägung von rechtsextremen Dispositionen gelten autoritäre, vorurteilsbehaftete Charakterstrukturen. Diese gehen zurück auf Defizite und Fehlentwicklungen in der frühkindlichen Sozialisation, woraus sich folgende Persönlichkeitsmerkmale ergeben können:

- mangelndes Selbstbewusstsein und Unsicherheit;
- extreme Gehorsamsbereitschaft, Identifizierung mit Macht und Stärke;
- starkes Bedürfnis nach Vor- und Feindbildern, nach Anführern, Ein- und Unterordnung, Gemeinschaft und Geborgenheit;
- Orientierung an Hierarchien;
- Schwarz-Weiss-Denken;
- Hass auf alles Schwache und Fremde;
- Konventionalismus, Konformismus, Dogmatismus, Rigidität und Starrheit.

b) Unzufriedenheit

Der "Autoritäre Charakter" gilt im Allgemeinen als notwendige, nicht aber als hinreichende Voraussetzung für rechtsextreme Bestrebungen. Diese Prädisposition wird erst durch spezielle gesellschaftliche Rahmenbedingungen verhaltensrelevant. Hier ist zunächst das Unzufriedenheitstheorem zu nennen. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von

9 Der Kürze halber verzichten wir auf die Angabe von Literatur. Einen Überblick über den Forschungsstand bietet: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen 1996.

Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. Daher gilt Rechtsextremismus auch als normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften.

Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem "starken" politischen Führer, der das Land mit "eiserne Hand" regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu.

Unzufriedenheit kann sich in diesem Zusammenhang auch auf Missstände in den allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen beziehen. Hier geht es vor allem um Wohnverhältnisse, nachbarschaftliche Beziehungen, soziale Kontakte und soziale Versorgung, kulturelle Infrastrukturen und Freizeitangebote. Untersuchungen zum jugendlichen Rechtsextremismus zeigen, dass die unwirtlichen Betonwüsten der Großstädte, bienenwabenartige Wohnanlagen oder vernachlässigte Stadtviertel zu sozialer Isolierung und kultureller Verarmung beitragen, die Jugend zu Alkoholisierung und Drogenkonsum verführen und sie anfällig machen für Spielhöllen, Automatensalons, faschistoide Hinterhofbanden, Rockergruppen oder Fußballfanklubs, wo sie ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Auf der Suche nach derartigen Zufluchten befinden sich gerade solche Jugendliche, die autoritär veranlagt sind, unter schwierigen Familienverhältnissen leiden und keine Bezugspersonen haben, die ihnen Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer Probleme geben.

c) Relative Deprivation

Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher "modernen" und eher "traditionellen" Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors sind spezifische Berufsgruppen (z.B. Bauern, Landarbeiter, Facharbeiter im Montanbereich, ungelernete Arbeiter) von

sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammbesetzungen zumeist langfristig sichere Arbeitsplätze und hohe berufliche Qualifizierung bieten können. Zugleich bahnen sich weitergehende Entwicklungen an oder sind in bestimmten Branchen schon Realität: Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses oder des Arbeitsverhältnisses überhaupt durch (Schein-)Selbständigkeit, Prekarisierung und Verschärfung des innerbetrieblichen Konkurrenzdrucks. Gemeinsam ist diesen Tendenzen, dass sie Sicherheiten der ökonomischen Reproduktion auflösen oder gefährden oder doch mindestens als Gefährdung wahrgenommen werden. Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger Jahren in den postindustriellen Gesellschaften Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des "neuen" Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden.

d) (Drohender) Privilegienverlust als Ursache für Rechtsextremismus

Die Modernisierungsverlierer-These wurde zu einem Erklärungsansatz erweitert, in dessen Zentrum der (drohende) Verlust von Privilegien (ehemals) bevorzugter oder wenigstens doch gut gestellter gesellschaftlicher Gruppen infolge des sozialen Wandels steht. Bei derartigen Gruppen handelt es sich nicht nur um die klassische Industriearbeiterschaft, sondern auch um Berufe, die sich durch die Globalisierung der Märkte oder die Entwertung der Nationalstaaten bedroht fühlen. Das mögliche Spektrum der Betroffenen reicht von Bauarbeitern bis zu Winzern.

Die These vom möglichen Privilegienverlust als Ursache für Rechtsextremismus erhält angesichts der zunehmenden Migrationsströme einen zusätzlichen Akzent: Die "Einheimischen" fühlen sich durch Zuwanderer bedroht, weil sie nicht bereit sind, mit ihnen die Früchte "ihres" Wohlstands zu teilen ("Wohlstandschauvinismus").

e) Die Individualisierungsthese

Im Kontext des sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften wird der (vor allem jugendliche) Rechtsextremismus auch mit den damit verbundenen Individualisierungstendenzen erklärt: Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Menschen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Re-

sistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten.

f) Die Flexibilisierungsthese

Der Individualisierungsthese in der Jugendsoziologie entspricht in etwa die Flexibilisierungsthese in der Wahlsoziologie: Mit der Entwicklung der Bundesrepublik von einer industriellen zu einer postindustriellen (Dienstleistungs-) Gesellschaft verlor die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die daraus gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen bzw. Gruppen und Parteien lösten sich auf. Infolge der sozialen Differenzierung hätten sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und ideologisch-programmatisch einander angeglichen, rivalisierten auf dem Wählermarkt um die besonders flexible Mitte und vernachlässigten ihre Kernwählerschaften. So habe sich ein erhebliches Potential von ungebundenen, unzufriedenen und stimmungsabhängigen Personen entwickelt, das besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neige.

g) Politische Unzufriedenheit

Ökonomische und soziale Problemlagen, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen, können durch politisches Handeln entweder abgefedert oder noch verschärft werden. Es kommt nämlich entscheidend darauf an, in welchem Umfang das politische System imstande ist, die notwendigen Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen, damit sich autoritäre Charaktere nicht mit Unzufriedenheit paaren und zu Rechtsextremismus verdichten.

Gerade in Gesellschaften ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, dass einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, dass vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. Wenn es beispielsweise nicht oder nur unzureichend gelingt, die materiellen Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten angemessen zu befriedigen, identifikationsfähige Wertorientierungen und Politikziele zu vermitteln, Öffentlichkeit und demokratische Partizipation zu gewährleisten und für eine funktionale Performanz der Institutionen zu sorgen, dann vermindert sich die Zustimmung zum demokratischen System insgesamt, verlieren die intermediären Organisationen an Akzeptanz und Integrationskraft, kommt es zu Bindungsverlusten gerade bei Parteien und Verbänden, und dann gewinnen politischen Kräfte an Resonanz, die sich gegen das demokratische System richten.

h) Förderung von Rechtsextremismus durch aktuelle Diskurse in Politik und Medien

Rechtsextremismus ist nicht nur durch gesamtgesellschaftliche, ökonomisch-soziale und politisch-kulturelle Entwicklungen bedingt, seine Verbreitung wird auch durch aktuelle politische Diskurse begünstigt oder gehemmt. Von Intellektuellen ausgetragene Kulturkämpfe um Deutungsmacht (z.B. die Walser- oder die Finkelnstein-Debatte) spielen dabei ebenso eine Rolle wie Bedrohungsszenarien und Feindbild-Konstruktionen in den Medien und in der politischen Kommunikation. Die These, dass Rechtsextremismus „in der Mitte der Gesellschaft“ entsteht, besagt nicht nur, dass auch „normale“, „kleine Leute“ anfällig sind, sondern auch, dass die großen Volksparteien, die Regierungen, die Massenmedien - und eben auch die Gewerkschaften - durch ihre Definitionen des „Normalen“ und durch die von ihnen vertretenen Problemlösungen - etwa: Vorrang für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt, Inländerprimat bei der Arbeitsvermittlung - dem Rechtsextremismus Anknüpfungspunkte bieten und daher verstärkend wirken können. In der Parteien- und in der Medienkonkurrenz erscheint die Bedienung von rechtsextremen Stimmungen und Vorurteilen nicht selten als Erfolg versprechende Marktstrategie.

6.2 Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Die genannten Konzepte zur Erklärung von Rechtsextremismus sind von hohem Allgemeinheitsgrad und gelten grosso modo für alle modernen Industriegesellschaften. Indem sie Bezug auf den sozioökonomischen und technologischen Wandel nehmen, bieten sie auch Anknüpfungspunkte für die Analyse der rechtsextremen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern, die freilich - wie erwähnt - bislang nicht Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung waren. Daher stehen auch kaum empirisch gesicherte Erkenntnisse über ihre Verbreitung und ihre Ursachen in der Bundesrepublik zur Verfügung. Thesen über das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus finden sich allenfalls in Wahlanalysen, zumeist aber im nicht-wissenschaftlichen Schrifttum.

a) Thesen

Bis in die achtziger Jahre hinein herrschte die Auffassung vor, dass "Gewerkschaftszugehörigkeit immunisierend gegen Nationalsozialismus und Faschismus wirkte"¹⁰. In einer Untersuchung über die Anhänger der NPD schrieb der damalige Infas-Chef Klaus Liepelt 1967:

"Unter den Anhängern der NPD sind Gewerkschaftsmitglieder selten. Nur bei einem Sechstel der potenziellen Rechtswähler bestehen Bindungen an eine Arbeitnehmerorganisation; der Anteil ist nur etwa halb so groß wie beim Bevölkerungsdurchschnitt. Daher haben sich bei den vergangenen Landtagswahlen außer den katholischen Gebieten auch jene Regionen gegenüber der NPD als besonders widerstandsfähig erwiesen, in denen alte Arbeitnehmertraditionen ungebrochen fortbestehen."¹¹

Und die SINUS-Studie ermittelte 1979/80 (wie auch schon andere Einstellungsuntersuchungen zuvor) einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern am rechtsextremen Einstellungspotenzial: "Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich dagegen weit eher resistent gegenüber rechtsextremen Einstellungen"¹² als andere Untersuchungsgruppen (Landwirte, Selbständige, ungelernete Arbeiter in mittelständischen Betrieben etc.).

Wir wollen in diesem Zusammenhang von der **Immunisierungsthese** sprechen, wobei wir davon ausgehen, dass es sich nicht um eine absolute sondern um eine *relative* Immunität handelt(e): Gewerkschaftsmitglieder sind danach deutlich geringer anfällig für Rechtsextremismus bzw. Faschismus als die Bevölkerung insgesamt.

Erst mit den Wahlerfolgen der Ende 1983 gegründeten Republikaner änderte sich die Situation. Die Schönhuber-Partei erreichte im Januar 1989 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin 7,5 Prozent der Stimmen und zog mit 11 Vertretern in das Parlament ein. Und im Juni desselben Jahres brachten es die Republikaner bei der Europawahl auf 2 Millionen Wähler (7,1%) und 6 Mandate. Übereinstimmend gelangten alle Wahlanalysen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Arbeitnehmer an den REP-Anhängern überdurchschnittlich hoch war. Dabei handelte es sich vor allem um einfache, gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte, aber auch um Facharbeiter. Selbst Gewerkschaftsmitglieder waren entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten.

10 Hermann Lutz, Gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus am Beispiel der Gewerkschaft der Polizei, in: Kurt Bodewig/Rainer Hesels/Dieter Mahlberg (Hrsg.), Die schleichende Gefahr. Rechtsextremismus heute, Essen 1990, S. 290-300, Zit. S. 291 f.

11 Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg. (1967), H. 1, S. 237-271, Zit. S. 245; s.a. S. 247.

Dieter Roth von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim konstatierte damals: "Keineswegs sind die Gewerkschaften ein Bollwerk gegen eine Entwicklung am rechten Parteienrand, weder bei den Arbeitern noch bei den Angestellten."¹³ Als überraschend wurde überdies empfunden, dass die Republikaner gerade auch in großstädtischen Regionen und in industriellen Ballungsgebieten erfolgreich waren und hier teilweise tiefe Einbrüche in traditionelle SPD-Hochburgen erzielten¹⁴.

Hatte der Rechtsextremismus in den fünfziger und sechziger Jahren allenfalls Zugang zu den unorganisierten Randbereichen der Arbeiterschaft, so war er in den achtziger Jahren zum Entsetzen von SPD und Gewerkschaften in ihr Zentrum eingedrungen. Eilig wurden Studien in Auftrag gegeben, Beschlüsse gefasst und Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Im Vorwort zu einer von der IG Metall initiierten Untersuchung¹⁵ über die Republikaner schrieb der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit:

"Der DGB hat zwar immer auf ein nennenswertes rechtsextremes und ausländerfeindliches Potenzial aufmerksam gemacht..., trotzdem können auch wir nicht von uns behaupten, wir seien auf die neue Situation vorbereitet. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert."

In dieser Untersuchung haben wir seinerzeit über die Attraktivität der Partei für spezielle Arbeitnehmergruppen folgendes ausgeführt¹⁶:

"Unter sozioökonomischen Gesichtspunkten sind die Republikaner eine Partei der "kleinen Leute". Sie finden überdurchschnittliche Resonanz in Dienstleistungszentren und in urbanen (auch klein- und mittelstädtisch geprägten) Regionen, die weithin durch moderne Industrien, wirtschaftliche Prosperität, starken sozialen Wandel, hohe Mobilität und abnehmende Milieubindungen gekennzeichnet sind. Zumeist hat hier die CDU/CSU eine außerordentlich erfolgreiche Modernisierungspolitik betrieben. Die überwiegend männlichen REP-Anhänger zählen jedoch in der Regel nicht zu den Nutznießern dieser Politik, sondern eher zum unteren Drittel der Gesellschaft, das unter den negativen Begleitumständen der Modernisierung leidet, für sich keine Berufs- bzw. Zukunftsperspektiven sieht und sich von den regierenden Parteien, zumeist eben von den Unionsparteien, im Stich gelassen fühlt. Sie wohnen oft in von der Stadtpolitik vernachlässigten unwirtschaftlichen Arbeiterquartieren mit schlechter Bausubstanz und mangelnder Infrastruktur. Während die Regionen insgesamt durch eine breite, gut verdienende Mittelschicht geprägt sind, leiden die Anhänger der Republikaner eher unter dem hohen Preisniveau, steigenden Mieten und drohender Privatisierung von Wohnraum. Die Attraktivität der Regionen zieht Arbeitssuchende, Ausländer und Asylsuchende

12 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 90.

13 Dieter Roth, Sind die Republikaner die fünfte Partei?, in Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41-42 v. 6. Oktober 1989, S. 10-20, Zit. S. 14.

14 Vgl. dazu Richard Stöss, Die Republikaner. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, 2. überarb. u. erw. Aufl., Köln 1990, S. 102.

15 Ebda.

16 Ebda., S. 106.

de an, die sich in den einfachen Quartieren niederlassen und zur weiteren Verschärfung der Verhältnisse beitragen. Entscheidend für die Wahlerfolge der Republikaner scheinen in erster Linie also nicht absolute, sondern relative Deprivation (Benachteiligung), nicht Armut und soziales Elend, sondern ungleiche Lebenschancen von "Modernisierungsverlierern" und "Modernisierungsgewinnern" zu sein."

Damit waren zwar einige mehr oder weniger empirisch abgesicherte Thesen über die Ursachen des Erfolgs von rechtsextremen Parteien in der Arbeitnehmerschaft formuliert. Auf die Frage allerdings, warum Gewerkschafter mittlerweile genau so anfällig für Rechtsextremismus geworden sind wie die Bevölkerung insgesamt, hatte die Sozialforschung keine Antwort. Im Grunde genommen wurde die Frage auch nie explizit gestellt. Vermutlich wurde das als zwangsläufige Begleiterscheinung des Befunds bzw. der These hingenommen, dass die Kerngruppen der alten Industriegesellschaft besonders stark durch sozialen und technologischen Wandel, durch die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung von Politik bedroht sind. Denn die Gewerkschaften gelten schließlich weithin als Interessenvertretung dieser Kerngruppen.

Wir werden dafür die Bezeichnung **Spiegelbildthese**¹⁷ verwenden. Diese These ist ausführlich im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus dargestellt worden:

"Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften existieren nicht im luftleeren Raum; sie atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. (...) Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur."¹⁸

Dass bislang keine Untersuchung bekannt wurde, die sich systematisch mit der Anfälligkeit von Gewerkschaftsmitgliedern für Rechtsextremismus und mit den dafür maßgeblichen Ursachen be-

17 Der Begriff stammt unseres Wissens von Jaschke, der ihn im Zusammenhang mit Rechtsextremismus bei der Polizei verwandt hat. Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Fremdenfeindliche Tendenzen in der Polizei. Anmerkungen zu einem umstrittenen Phänomen, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen 1998, S. 191-209, Zit. S. 198.

18 Schlussbericht (Anm. 3), S. 32 f.

fasst hat¹⁹, dürfte unter anderem auch daran liegen, dass die Spiegelbildthese allgemein akzeptiert wird und folglich tiefgreifende Analysen als entbehrlich gelten. Allerdings ist diese, auf den ersten Blick - aber auch nur dann - plausible, These empirisch nie verifiziert worden.

Die viel zitierte Studie von Held, Horn und Marvakis über politische Orientierungen von jugendlichen Arbeitnehmern reicht allerdings über die Spiegelbildthese hinaus. Sie weist zunächst überzeugend nach, "dass Auszubildende, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, stärker rechte Orientierungen befürworten, im Vergleich zu ihren unorganisierten Kolleginnen und Kollegen"²⁰. Die Studie fördert außerordentlich interessante Beobachtungen über die Leistungsideologie, Konkurrenzverhalten und Entsolidarisierung, über Wohlstandschauvinismus und nationales Standortdenken von jungen Leuten zutage. Sie belegt auch, dass sich organisierte Jugendliche stärker durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen als unorganisierte und dass sich (einige) junge Gewerkschafter von ihrer Interessenvertretung Schutz für den eigenen Arbeitsplatz erhoffen, dass sie Gewerkschaften als ein "Versicherungsunternehmen"²¹ für Deutsche betrachten und damit Ausgrenzungen in Kauf nehmen oder (in Krisensituationen) sogar erwarten.

"Die Untersuchung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Leistungsorientierung und den politisch rechten Orientierungen gibt. Insbesondere steht die Leistungsorientierung in einem engen Bezug zum Konventionalismus. Bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit werden nicht in Frage gestellt, und gegenüber denjenigen, die den herrschenden Normen nicht entsprechen, besteht eine Ausgrenzungsbereitschaft."²²

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Gewerkschaften unter Umständen besondere Anziehungskraft auf leistungsorientierte und konventionalistisch orientierte Jugendliche ausüben können, weil diese sich von der Organisation Schutz vor Arbeitslosigkeit oder unliebsamer (ausländischer) Konkurrenz versprechen. Und da gerade diese Jugendlichen durch nationalistische und wohlstands-

19 Vgl. dazu folgende Literaturübersichten: Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans Horn, "Jugendliche und Rechtsextremismus". Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, hrsg. v.d. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1992 (Manuskripte 68); Markus Lupa, Transparenzstudie zum Phänomen "Rechtsextremismus" im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, vvf. Ms., Dortmund, Januar 2001.

20 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn, Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, hrsg. v. IG Metall-Vorstand, Abt. Jugend, Sonderdruck IDEEN, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1997, S. 24.- Siehe a. Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, Gespaltene Jugend. Politische Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer, Opladen 1996.

21 Hahn/Horn, Eine neue rechte Jugend (Anm. 20), S. 39.

22 Ebda., S. 51.

chauvinistische Mentalitäten geprägt sind, könnte das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei jungen Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich groß ausfallen.

Wenn es um die Behauptung geht, dass Gewerkschaften eine besondere Attraktivität auf rechtsextrem eingestellte Personen ausüben, werden wir von **Anziehungsthese** sprechen. Die Autoren der Untersuchung über jugendliche Arbeitnehmer gehen allerdings noch einen Schritt weiter und geben den Gewerkschaften – wenigstens doch indirekt - eine gewisse Mitschuld an der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in Deutschland:

"Die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben ist heute eng verbunden mit der Standortfrage im internationalen Konkurrenzkampf. Hierin liegt eine gewisse Gefahr, Gewerkschaftspolitik mehr und mehr auf die Ebene von Betriebspolitik zu verengen. Dabei gerät eine gesamtgesellschaftliche Perspektive notgedrungen zugunsten einer betrieblichen Konkurrenzperspektive aus den Augen. Soziale Gerechtigkeit wird weggeschoben aus dem betrieblichen Verantwortungsbe- reich, denn hier ist sie eher störend. Sie behindert leicht die Konkurrenzfähigkeit."²³

Claus Leggewie formulierte noch deutlicher: Gewerkschaften stünden derzeit nicht gerade "in vorderster Front" im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit. Und weiter:

"Wer sich in Gewerkschaftskreisen umhört, erfährt: eine 'ausländerfreundliche Kampagne' würden die wenigsten Kolleginnen und Kollegen mittragen. Wir haben doch andere Sorgen. Wer kümmert sich denn um uns? Angesichts dieser Stimmung gehen die Funktionäre auf Tauchstation, und wecken den Leu lieber nicht... Der schlafende Löwe heißt: Facharbeiterprotektionismus. (...) Einwanderer gelten traditionell als Lohndrücker. Ihr massenhafter Einsatz könnte jene sozialpolitischen Standards aushöhlen, die nur im Reservat eines nach außen abgeschotteten Arbeitsmarktes erreichbar und zu halten waren. (...) Anfang der 70er Jahre befürworteten die Gewerkschaften den staatlichen Anwerbepotential; den sog. 'Inländerprimat' im Arbeitsrecht – erst die Deutschen, dann die Ausländer – verteidigen sie bis heute."²⁴

Wir werden von der **Urheberthese** sprechen, wenn Gewerkschaften im Verdacht stehen, die Entstehung oder Verbreitung von Rechtsextremismus selbst zu befördern. Dabei wird teilweise zwischen aktiver und passiver Urheberschaft unterschieden: Aktive Urheberschaft liegt vor, wenn Gewerkschaften durch ihre Politik nationalistische oder wohlstandschauvinistische Stimmungen erzeugen. Sie kann aber auch die Folge der "von verschiedenen Gewerkschaftsvertretern einge-

23 Ebda., S. 50.- Zum Standortnationalismus vgl. a. Christoph Butterwegge, Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Gessenharter/Fröchling (Anm. 17), S. 147-161.

24 Claus Leggewie, Gewerkschaftshäuser zu Fluchtbürgen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg. (1991), H. 12, S. 1433 f.

standenen autoritären Strukturen und Rituale innerhalb der eigenen Institution"²⁵ sein. Passive Urheberschaft meint den Verzicht auf die Bekämpfung des verbreiteten Rechtsextremismus in dem eigenen Reihen, weil die Gewerkschaft "selbst einen erheblichen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht (mehr) erreicht"²⁶, oder weil der Rechtsextremismus innerhalb der Organisation gar nicht zur Kenntnis genommen bzw. geleugnet wird.

Abschließend ist noch eine These zu erwähnen, die ursprünglich das Wahlverhalten von Arbeitnehmern zugunsten der Republikaner erklären sollte (siehe oben), im Schlussbericht der DGB-Kommission Rechtsextremismus aber auch zur Deutung des überdurchschnittlichen Rechtsextremismus unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern herangezogen wurde:

"Wenn rechtsextreme Orientierungen am besten im Segment der 'Modernisierungsverlierer' gedeihen würden und Gewerkschaftsmitglieder hier überproportional vertreten wären, hätte man einen möglichen Hinweis auf die Frage gefunden, warum das rechtsextreme Wählerpotenzial unter gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen größer ist als unter den Jugendlichen insgesamt."²⁷

Allgemein gefasst lautet die **Modernisierungsverliererthese**, dass Modernisierungsverlierer besonders rechtsextrem eingestellt sind. Und weil sie überproportional an der Mitgliedschaft der Gewerkschaften vertreten sind, ist diese überdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt. Diese These bezieht sich also nicht nur auf junge Leute, sondern auf die Bevölkerung insgesamt.

Während die Anziehungsthese behauptet, dass sich Personen mit einer speziellen Mentalität besonders zu den Gewerkschaften hingezogen fühlen, unterstellt die Modernisierungsverliererthese, dass die klassische Gewerkschaftsklientel besonders von Modernisierung betroffen und folglich besonders anfällig für Rechtsextremismus ist. Die Modernisierungsverliererthese könnte sich als ein Spezialfall der Spiegelbildthese erweisen. Sollten Gewerkschaften aber deutlich mehr Modernisierungsverlierer organisieren, als es ihrem Anteil an der (erwerbstätigen) Bevölkerung entspricht, wären die Gewerkschaften – insoweit – kein Spiegelbild der Gesellschaft. Genauen Aufschluss über den Charakter dieser These kann nur die empirische Analyse ergeben.

Fassen wir zusammen: Das Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist mehrdeutig. Gewerkschaften können gegen Rechtsextremismus immunisieren,

25 Dammann (Anm. 8), S. 218. Siehe beispielsweise auch die selbstkritische Stellungnahme von Reinhard Hahn in ebda., S. 208.

26 Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg. (1992), H. 10, S. 620-633, Zit. S. 623.

27 Schlussbericht (Anm. 3), S. 34.

rechtsextreme Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegeln, sie können unter ihren Mitgliedern Personen haben, die stark zum Rechtsextremismus neigen (Modernisierungsverlierer) oder sogar Rechtsextremisten besonders anziehen und sie können selbst die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen. Die Beziehungen von Gewerkschaften und Rechtsextremismus lassen sich also in fünf Thesen kleiden:

- die Immunisierungsthese,
- die Spiegelbildthese,
- die Anziehungsthese,
- die Urheberthese und
- die Modernisierungsverliererthese.

b) Schlussfolgerungen

Welche der genannten Thesen wie viel empirische Evidenz für sich beanspruchen kann, lässt sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht einmal vermuten. Selbst eine systematische Betrachtung der Thesen hinsichtlich ihrer Bedeutung, ihrer Tragfähigkeit und ihrer Beziehungen untereinander steht noch aus. So schließen sich beispielsweise die fünf Thesen nicht notwendigerweise gegenseitig aus: Wenn Gewerkschaftsmitglieder nicht als homogener Block sondern als differenzierte Teilgesellschaft betrachtet werden, könnten alle fünf Thesen - mit unterschiedlicher Gewichtung und auf unterschiedliche Mitglieder- bzw. Funktionsgruppen - zutreffen. In Vorbereitung dieses Antrags haben wir geeignete Datensätze einer Sekundärauswertung unterzogen und tatsächlich einige Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die Spiegelbildthese, die Immunisierungsthese und die Anziehungsthese jeweils für spezielle Mitgliedergruppen zutreffen könnten²⁸.

Sieht man einmal von der Urheberthese ab, die den Gewerkschaften eine gewisse Mitschuld an der Entstehung von Rechtsextremismus gibt, dann beziehen sich die Thesen nicht auf die Ursachen von Rechtsextremismus schlechthin, sie setzen vielmehr seine Existenz voraus und beschäftigen sich mit dem Problem, ob, inwieweit und gegebenenfalls warum Gewerkschaftsmitglieder dafür anfällig sind. Von den allgemeinen Ursachen des Rechtsextremismus umstandslos auf die speziellen Ursachen des Rechtsextremismus unter Gewerkschaftsmitgliedern zu schließen, führt mithin mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Irre. Die Kernbotschaft der fünf Thesen besteht in der (impliziten) Behauptung, **dass Gewerkschaften ein besonderes Objekt der Rechtsextremismusforschung darstellen**. Damit sind wir wieder bei der eingangs erwähnten *allgemeinen* Spie-

gelbildthese angelangt: Da sich Gewerkschaftsmitglieder (wie wir vermuten und empirisch nochmals überprüfen werden) hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Wertorientierungen teilweise erheblich von denen der Nicht-Mitglieder unterscheiden, kann angenommen werden, **dass sich bei ihnen – anders als bei Unorganisierten - auch Adaption und Abwehr von Rechtsextremismus nach besonderen Gesetzmäßigkeiten vollziehen.**

Folgt man dieser These, dann stellen sich für die Analyse drei grundlegende Fragen:

- Existiert tatsächlich ein spezielles gewerkschaftliches Bewusstsein (in der empirischen Einstellungsforschung spricht man von einem "belief system", dt. Überzeugungssystem) und worin bestehen seine besonderen Merkmale und gegebenenfalls seine besonderen sozialstrukturellen Existenzbedingungen?
- Inwieweit wehrt dieses gewerkschaftliche "belief system" Rechtsextremismus ab, inwieweit leistet es ihm Vorschub und wie sind Immunität bzw. Anfälligkeit sozioökonomisch vermittelt?
- Bewirkt dieses gewerkschaftliche "belief system" ein spezielles rechtsextremes Einstellungsmuster und welche Merkmale weist es im Unterschied zu Nicht-Mitgliedern auf?

Auf Grund unserer Voruntersuchungen lassen sich folgende Einsichten bzw. Hypothesen formulieren²⁹:

- Wir haben weitere empirische Belege für die Existenz eines besonderen gewerkschaftlichen "belief systems" und eines besonderen gewerkschaftlichen Rechtsextremismus ermittelt. Dieses gewerkschaftliche "belief system" muss aber noch genau ergründet werden, um die allgemeine Spiegelbildthese überzeugend zu widerlegen.
- Das gewerkschaftliche "belief system" scheint wegen seiner eher linken Primäreinstellungen generell nicht besonders anfällig für Rechtsextremismus zu sein. Denn dazu ist seine Ausstattung mit demokratisch-partizipativen Eigenschaften doch zu gut. Diese Ausstattung ist allerdings nicht immer üppig genug, um als verlässliche Barriere gegen Rechtsextremismus zu wirken. Dort, wo sich ein linkes Selbstverständnis mit demokratischem Bewusstsein und politischem Engagement verbinden, hat der Rechtsextremismus kaum Entfaltungschancen.
- Einstellungen, die zu den typischen Merkmalen von Gewerkschaftsmitgliedern zählen, können aber auch die Verbreitung von Rechtsextremismus begünstigen. Dabei scheint es sich vor al-

28 Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus (Anm. 1), S. 104 ff.

lem um altlinke, etatistische (staatsfixierte) Sichtweisen zu handeln. In diesem Fall ist das rechtsextreme Weltbild stark durch ethnozentrische (v.a. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit) und durch wohlfahrtsstaatliche Merkmale geprägt.

Ob sich diese Hypothesen verifizieren lassen, wird sich zeigen. Wir haben sie vor allem deshalb vorgetragen, um den absolut defizitären Forschungsstand zu verdeutlichen. Wenn die Gewerkschaften den Rechtsextremismus in den eigenen Reihen erfolgreich bekämpfen wollen, sind sie jedoch auf Untersuchungen angewiesen, die Auskunft darüber geben, **welche Teile ihrer Basis aus welchen Gründen und in welchem Ausmaß anfällig für Rechtsextremismus sind und durch welche Merkmale ihr rechtsextremes Weltbild geprägt ist.**

Die geplante Untersuchung orientiert sich an den genannten allgemeinen Ursachen für Rechtsextremismus sowie an den in diesem Abschnitt vorgestellten Thesen zum Rechtsextremismus bei Gewerkschaftsmitgliedern.

c) Untersuchungsfragen

Die genannten Konzepte bzw. Thesen zur Erklärung des Rechtsextremismus und die Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Rechtsextremismus bilden das Fundament, auf das wir unsere Untersuchung gründen. Für die Konzipierung von wirksamen Gegenmaßnahmen sind allerdings differenzierte Kenntnisse über Verbreitung und Ursachen von Rechtsextremismus und über die Anfälligkeit bzw. Immunität von Gewerkschaftsmitgliedern notwendig, z.B.

- Neigen unter den gewerkschaftlich organisierten Befragten eher Beschäftigte in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich, in zukunftssträchtigen oder in absteigenden Branchen, in Groß- oder Kleinbetrieben, eher Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Arbeitslose, eher Männer oder Frauen, Jüngere oder Ältere zum Rechtsextremismus?
- Beschränkt sich der Rechtsextremismus in den jeweiligen Gruppen auf Einstellungen oder geht er mit entsprechendem Verhalten (Verhaltensdispositionen) einher? Beruht das Verhalten auf Protestmotiven oder auf einem rechtsextremen Weltbild?
- Welche der in der Literatur genannten Ursachen-Erklärungen treffen für welche Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder in besonderer Weise zu: Autoritärer Charakter, sozio-ökonomische und/oder politische Unzufriedenheit, relative Deprivation ("Modernisierungsverlierer"), dro-

hender Privilegienverlust ("Wohlstandchauvinismus"), Milieuauflösung, Identitätsverlust, Individualisierung?

- Bestehen nennenswerte West-Ost-Unterschiede hinsichtlich der Verbreitung und Ursachen von Rechtsextremismus in den Gewerkschaften?
- Existiert ein besonderes gewerkschaftliches "belief system" oder gilt die allgemeine Spiegelbildthese³⁰?
- Falls ein besonderes gewerkschaftliches "belief system" besteht: Welche Bestandteile immunisieren gegen Rechtsextremismus, an welche Bestandteile können rechtsextreme Einstellungen andocken? Zeichnen sich Gewerkschaftsmitglieder durch ein besonderes rechtsextremes Einstellungsmuster aus?
- Auf welche Untersuchungsgruppen treffen folgende Thesen zu: Immunisierungsthese, spezielle Spiegelbildthese³¹, Modernisierungsverliererthese und Anziehungsthese?
- Welche Unterschiede bestehen zwischen passiven Mitgliedern, aktiven Mitgliedern und Funktionsträgern der Gewerkschaften hinsichtlich der Anfälligkeit bzw. Immunität für Rechtsextremismus?
- Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Untersuchungsbefunden für Multiplikatoren, Adressaten, Inhalte bzw. Methoden und Orte von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus (siehe dazu den folgenden Abschnitt d)?

d) Erwartete Ergebnisse und deren Nutzen für Gegenmaßnahmen

Eine genauere Kenntnis der Ursachen und speziellen Merkmale von Rechtsextremismus bei den eigenen Mitgliedern, insbesondere ein differenziertes Wissen über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensdispositionen bei unterschiedlichen sozialen Gruppen, die von Gewerkschaften organisiert werden, kann den Gewerkschaften auf allen Ebenen ihrer Tätigkeit nützlich sein. Mit unseren auf Immunität und Anfälligkeit gerichteten Untersuchungsfragen beabsichtigen wir, **Multiplikatoren, Adressaten, Inhalte bzw. Methoden und Orte** zu identifizieren, die auch für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus von Bedeutung sein könnten. Die Gruppen, die sich als besonders resistent gegen Rechtsextremismus erweisen, könnten als "opinion leader" mobilisiert werden, um gezielt spezielle Adressatengruppen anzusprechen, die sich durch große

30 Die politischen Einstellungen und Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder entsprechen dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Anfälligkeit für Rechtsextremismus auszeichnen. Um entsprechende Diskurse inhaltlich auszugestalten und zu initiieren, müssen Informationen darüber vorliegen, an welchen Stellen des (gewerkschaftlichen) "belief systems" rechtsextreme Überzeugungen andocken und worauf ihre sozioökonomisch begründete Attraktivität beruht. Da wir davon ausgehen, dass die Verbreitung von Rechtsextremismus je nach Wirtschaftszweig variiert und dass bestimmte Verwertungs-, Produktions- und Arbeitsbedingungen dazu beitragen könnten, sollten auch die Orte bekannt sein, wo Gegenmaßnahmen besonders dringlich bzw. aussichtsreich sind.

Im Einzelnen erwarten wir vor allem folgende Effekte:

- In der Bildungsarbeit ließen sich spezifischere Angebote und Programme für Zielgruppen bzw. die mit diesen Zielgruppen arbeitenden Multiplikatoren (Referenten, Sekretäre, Teamer) entwickeln. Bildungsarbeiter/innen sind im allgemeinen besonders gute Beobachter rechtsextremer Tendenzen und entwickeln oft ein großes Interesse an geeigneten Konzepten und Orientierungen, um rechtsextremen Haltungen und Äußerungen ihrer Teilnehmer/innen entgegenzutreten zu können. Nach uns bekannten Berichten und Untersuchungen treten solche Haltungen nicht selten auch bei gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen auf, im Unterricht wie in der Freizeit und nicht nur bei Jugendlichen. Aber selten liegt dem ein geschlossenes, gegen Aufklärung resistentes rechtsextremes Weltbild zugrunde, so dass Bildungsbemühungen durchaus Erfolgchancen haben.
- In der Betriebspolitik könnten Betriebs- und Personalräte in besonders „anfälligen“ bzw. gefährdeten Sektoren angeregt werden, über die z.B. von der DGB-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen in einen der konzeptionellen Weiterentwicklung dienenden Erfahrungsaustausch zu treten, dies auch über die Grenzen der einzelnen DGB-Mitgliedsgewerkschaften hinaus.
- In der Bündnispolitik, etwa in lokalen, regionalen und landesweiten *Bündnissen gegen rechts* oder *für Toleranz*, können Gewerkschaften, die Probleme auch in den eigenen Reihen kennen und nicht verdrängen, gegenüber den verbündeten Organisationen und Initiativen glaubwürdig und beispielhaft wirken und im günstigen Fall eine vertiefte Diskussion und Analyse über Ursachen und Handlungschancen vor Ort anregen.
- In der Tarifpolitik und in der regionalen Beschäftigungspolitik wird eine genauere Kenntnis rechtsextremer Einstellungs- und Verhaltenspotentiale bestimmter Zielgruppen mindestens

31 Gewerkschaftsmitglieder sind genauso anfällig für Rechtsextremismus wie die Bevölkerung insgesamt, ihr rechtsextremes Weltbild unterscheidet sich nicht vom Normalfall.

als ein Rahmendatum für die Zielfindung und die Planung von Mobilisierungsstrategien von Nutzen sein. Dabei wird es, wie die IG BAU es z.B. in den neunziger Jahren in Berlin durchaus beispielhaft vorgeführt hat, künftig häufiger darauf ankommen, die legitimen gewerkschaftlichen Strategien der Verteidigung hiesiger Mindestnormen gegen illegale Unterbietungskonkurrenz deutlich zu unterscheiden von der fremdenfeindlichen Umdeutung und Ausnutzung transnationaler Unterbietungskonkurrenz in der Propaganda der Rechtsextremen.

- Zum Selbstverständigungsprozess der DGB-Gewerkschaften über die eigene Zukunft und die eigene politische Rolle in einer durch globalisierte Ökonomie, Individualisierung und Bedeutungsverlust von klassischer Industriearbeit (vgl. z.B. die gerade anlaufende neue Zukunftsdebatte der IG Metall) geprägten Gesellschaft kann eine genauere Kenntnis über das gewerkschaftsinterne rechtsextreme – aber damit auch über das für Rechtsextremismus *nicht anfällige!* – Potential mit Sicherheit einen Beitrag liefern. Dessen inhaltliche Richtung hängt allerdings vom – uns derzeit noch nicht bekannten, und deshalb eben zu erforschenden – Ergebnis ab, insbesondere dazu, in welchem Umfange wir es mit Wohlstandschauvinismus (gibt es bei den Arbeitnehmern eine sozialdarwinistische neue Rechte?) oder Verliererressentiments (Modell etwa: Arbeiter in SA und NSDAP) zu tun haben. Zugleich wären in unserem Projekt Thesen über einen fortwirkenden Autoritarismus der Arbeiterbewegung (und über eine Abhängigkeiten nicht auflösende Bedienung eines Schutzbedürfnisses durch die Gewerkschaften) zu prüfen.

Das Ziel des Forschungsvorhabens erschöpft sich jedoch nicht darin, rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern umfassend empirisch zu untersuchen. Vielmehr soll auch gemeinsam mit den Gewerkschaften darüber beraten werden, wie die Untersuchungsergebnisse in die Praxis umgesetzt werden können. Entsprechende Empfehlungen sind Bestandteil des Endberichts.

Daher regen wir die Durchführung von Workshops durch die OBS und die HBS an, an denen sich die Antragsteller beteiligen werden. Gemeinsam mit verschiedenen ExpertInnen für gewerkschaftliche Bildungsarbeit, für Tarifpolitik und für Fragen des Arbeitsrechts sollen die Forschungsergebnisse daraufhin überprüft werden, wie sie sich in die gewerkschaftliche und betriebliche Praxis umsetzen lassen.

e) Eigene Vorarbeiten

Michael **Fichter** ist Geschäftsführer der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Schwerpunkte seiner Lehr- und Forschungstätigkeit sind die Gewerkschaften in Deutschland und Europa sowie die Regelung von Arbeitsbeziehungen auf internationaler Ebene und im Ländervergleich. Zuletzt hat er zusammen mit Martin Behrens und Carola M. Frege das deutsche Teilprojekt in einer Fünf-Länder-Studie "Comparative Labor Movement Revitalization" durchgeführt sowie eine Literaturstudie mit Bodo Zeuner über die Zukunft der Gewerkschaften, beide mit einer Förderung der Hans-Böckler-Stiftung, verfasst. Zur Zeit leitet er ein von der VW-Stiftung gefördertes Projekt "Deutsche Direktinvestitionen in Ungarn und deren Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbeziehungen".

Richard **Stöss** ist Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums für empirische Politische Soziologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er beschäftigt sich seit langem unter anderem auch mit der Erforschung des Rechtsextremismus und der Messung rechtsextremer Einstellungen. Seine Publikationen über Rechtsextremismus wurden im Bericht der DGB-Kommission ausführlich rezipiert. Neuere Veröffentlichungen: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. überarb. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2000; Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000; Buchhandelsausg. Leske + Budrich (Hrsg. m. Wilfried Schubarth).

Bodo **Zeuner** ist Leiter der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er hat mehrere von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekte geleitet, zuletzt mit Michael Fichter eine Literaturstudie zum Thema „Zukunft der Gewerkschaften“. Letzte einschlägige Publikation: Kurz-Scherf, Ingrid; Zeuner, Bodo: Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. Für eine neue Debatte über alte Grundwerte. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 52, 3/2001, S.147-160.

Beide Arbeitsstellen sitzen in demselben Institut und demselben Haus und haben eine Tradition der Zusammenarbeit. Alle Antragsteller haben bereits viele drittmittelgeförderte Forschungsprojekte, insbesondere der HBS, der DFG und der VW-Stiftung, geleitet. Stöss und Zeuner sind auch Vertrauensdozenten der HBS.

7. Arbeitsprogramm

Geplant ist eine umfassende Repräsentativbefragung (quantitative Studie) (7.1.) sowie eine darauf aufbauende vertiefende qualitative Studie (7.2.).

7.1 Die Repräsentativbefragung

Eine Sekundärauswertung vorliegender empirischer Studien und Befragungen ist aus folgenden Gründen zur Beantwortung der oben genannten Forschungsfragen untauglich:

- Erstens bezieht sich der größte Teil des zur Verfügung stehenden Datenmaterials auf das (beabsichtigte) Wahlverhalten zugunsten von rechtsextremen Parteien. Da nicht alle Wähler dieser Parteien rechtsextrem eingestellt sind und da nicht alle rechtsextrem eingestellten Personen rechtsextreme Parteien präferieren, kann die Wahlabsicht zugunsten rechtsextremer Parteien nicht als Indikator für Rechtsextremismus herangezogen werden. (Dies gilt übrigens auch für die im Auftrag des WDR durchgeführte Infratest dimap-Umfrage von 1998.)
- Zweitens befassen sich die vorliegenden Einstellungsuntersuchungen nicht mit allen Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters, sondern nur mit einzelnen Aspekten (Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus, Antisemitismus etc.).
- Die wenigen Studien, die sich auf rechtsextreme Einstellungen beziehen, analysieren diese drittens zumeist nur für ausgewählte soziale Gruppen (Jugendliche, Frauen, Arbeiter etc.).
- Viertens werden die arbeitswelt- und gewerkschaftsbezogenen Merkmale der Befragten bei fast allen Untersuchungen nicht differenziert erfasst.
- Fünftens schließlich sind bei allen Untersuchungen die Fallzahlen derjenigen Gewerkschaftsmitglieder, die rechtsextreme Einstellungen oder Wahlabsichten äußern, für eine differenzierte Analyse dieser Gruppe viel zu gering.

Wir beabsichtigen daher, eine umfassende quantitative empirische Untersuchung über die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensdispositionen sowie die dafür maßgeblichen Ursachen bei folgenden Gruppen unter der Berücksichtigung der West-Ost-Differenzen vorzunehmen:

- Gewerkschaftsmitglieder (untergliedert nach passiven Mitgliedern, aktiven Mitgliedern und Funktionsträgern) in der Bundesrepublik Deutschland;

- Nicht-Gewerkschaftsmitglieder (untergliedert nach Sympathie/Antipathie gegenüber Gewerkschaften) in der Bundesrepublik Deutschland.

Mindestanforderung ist eine Stichprobe von jeweils 1000 Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Westdeutschland (einschl. West-Berlin) und in Ostdeutschland (einschl. Ost-Berlin). Damit stünden für die Analyse insgesamt 4000 Fälle zur Verfügung, worunter sich 500 bis 600 Personen (jeweils 250 bis 300 Organisierte und Unorganisierte) mit einem rechtsextremen Weltbild befinden dürften. Diese Ausstattung stellt eine Minimalanforderung dar und ist nicht gerade üppig, weil sie der Subgruppenbildung (Altersgruppen, Berufsgruppen etc.) enge Grenzen setzt.

Als zu erklärende (abhängige) Variablen sollten gelten:

- Rechtsextreme Einstellungen (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus³²);
- Rechtsextreme Verhaltensdispositionen (Wahl, Organisationsmitgliedschaft, Gewaltbereitschaft bzw. Toleranz von Gewalt, Protest/Provokation,) und Abwehrbereitschaft gegenüber rechtsextremen Sprüchen, Ereignissen usw.

Als erklärende (unabhängige) Variablen sollten vor allem gelten:

- Geschlecht, Alter, familiärer Status, Bildungsgrad und berufliche Qualifikation, Einkommen, Schichtzugehörigkeit, sozialer Auf-/Abstieg (Selbsteinstufung), Konfession, Kirchgangshäufigkeit;
- Erwerbs-/Berufsstatus (auch der Eltern), Beschäftigungsstatus, Branche, Betriebsgröße, Tätigkeitsmerkmale;
- Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsplatzwechsel, Zukunftsperspektiven, Globalisierungsängste, allgemeine Arbeits- und Lebenszufriedenheit;
- Umstellungszumutungen, Betriebsstrukturen, Flexibilitätsdruck;
- persönliches Umfeld, soziale Kontakte, Vernetzung, Mitgliedschaften, Milieubindung;
- Dauer der Mitgliedschaft in welcher Gewerkschaft, gewerkschaftliche Tradition in der Familie, Aktivitätsfeld und -grad;
- Einstellungen zu Gewerkschaften: Image, Zufriedenheit, Vertrauen, Notwendigkeit/Wichtigkeit, Aufgaben, Ziele, Interessenvertretung, Dienstleistungen;
- Einstellungen zu grundlegenden sozialen und politischen Fragen: Konsens/Konflikt, Flexibilisierung, Deregulierung, Zufriedenheit mit Wirtschafts- und Sozialordnung
- Demokratiezufriedenheit (Akzeptanz, Performanz).

32 Eine Arbeitsgruppe aus interessierten Mitgliedern der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) hat einen Vorschlag zur Messung von rechtsextremen Einstellungen (Dimensionen des Einstellungsmusters, Statements) erarbeitet, der in dem geplanten Projekt realisiert werden soll. Die Formulierung der Statements kann aus dem Anhang entnommen werden. Eine Umfrage mit diesen Statements befindet derzeit im Feld.

Zur Analyse von Überzeugungssystemen werden weiterhin folgende unabhängige Variablen benötigt:

- Wertorientierungen;
- Persönlichkeitsmerkmale (Autoritarismus, Dogmatismus, Rigidität, Konventionalismus etc.);
- Individualistische Orientierungen, subjektive politische Kompetenz, (externe/interne) Kontroll-erwartungen;
- demokratische Orientierungen;
- Links-Rechts-Selbsteinstufung.

7.2. Die qualitative Studie³³

Die quantitative Untersuchung wird wesentliche Aufschlüsse über den Zusammenhang der genannten Variablen, insbesondere über die gruppenbezogene Verbreitung und Verteilung von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensdispositionen unter Gewerkschaftsmitgliedern bringen. Wie die Gewerkschaftsmitglieder in ihren Köpfen bestimmte rechtsextreme Einstellungen zu Deutungsmustern verweben, ob und wie diese Muster sich mit dem gewerkschaftsspezifischen "belief system" verbinden, lässt sich nur durch eine qualitative Studie erhellen. Ihr Ergebnis soll eine zusätzliche, nach subjektiven Gründen und biografischen Prägungen fragende Ermittlung und Typisierung von rechtsextremen Einstellungs- und Orientierungssyndromen sein, ohne dass es auf deren quantitative Verteilung ankäme. Wir gehen von der Arbeitshypothese aus, dass Einstellungskombinationen, die auf der quantitativen Ebene als schwer interpretierbar oder widersprüchlich erscheinen (z.B. traditionell-links und gleichzeitig rechtsextrem, insbesondere autoritär und fremdenfeindlich) auf der Ebene der qualitativ abzufragenden (Selbst-)Sicht der Akteure durchaus eine Konsistenz aufweisen können.

Die qualitative Untersuchung soll daher auf den ersten Ergebnissen der Befragung aufbauen und die aus der Befragung resultierenden Erkenntnisse und Vermutungen insbesondere über Anknüpfungspunkte und Immunisierungspotentiale des gewerkschaftlichen Überzeugungssystems gegenüber dem Rechtsextremismus vertiefend erhellen. Das Ziel ist, den Zusammenhängen zwischen den unter 7.1. genannten Variablen auf der Ebene der subjektiven Deutungen nachzugehen. Dies geschieht vorrangig in leitfadengestützten Gruppendiskussionen mit TeilnehmerInnen

33 Wir folgen hier den Anregungen der Gutachter. Insbesondere halten wir die Ersetzung der ursprünglich geplanten „Fremdtypisierung“ durch „Selbsttypisierung“ von BildungsteilnehmerInnen – gerade auch unter den Berliner Bedingungen – für machbar. Wir möchten aber auf die Interpretationen von Experten nicht verzichten.

gewerkschaftlicher internatsförmiger Bildungsseminare, insbesondere in Vertrauensleute-, Betriebsrats- und JAV-Seminaren der Einzelgewerkschaften oder der DGB-Jugendbildungsstätten. (Da in Berlin-Brandenburg zentrale Bildungsstätten des DGB und wichtiger Einzelgewerkschaften vorhanden sind, sind die praktischen Voraussetzungen für solche Gruppendiskussionen günstig.) Es wird vermutet, dass die genannten Anknüpfungspunkte und die Immunisierungspotentiale auch bei den „normalen“ TeilnehmerInnen der gewerkschaftlichen Seminare erkennbar sind bzw. von ihnen selber erkannt werden. Dass die TeilnehmerInnen von Gewerkschaftsseminaren wahrscheinlich weniger anfällig für Rechtsextremismus sind als die passiven Gewerkschaftsmitglieder, ist für die qualitative Studie, die nicht auf Repräsentativität zielt, unerheblich.

Zusätzlich und ergänzend sind leitfadengestützte Interviews mit gewerkschaftsinternen Experten bzw. Multiplikatoren, insbesondere mit Bildungsarbeitern, Betriebsratsmitgliedern aus Großbetrieben und politischen Sekretären vorgesehen.

Geplant sind insgesamt etwa 10 Gruppendiskussionen mit Bildungsteilnehmern und zusätzlich 10 bis 15 Expertengespräche mit gewerkschaftsinternen Experten bzw. Multiplikatoren über ihnen bekannte Typen rechtsextremer Einstellungssyndrome. In welchen Bildungsstätten, Branchen und Regionen diese Gruppendiskussionen und Interviews zu führen sind, wird sich erst nach dem Vorliegen der ersten Ergebnisse der quantitativen Untersuchung festlegen lassen.

7.3 Zeitplanung

Zeitraum	Quantitative Studie	Qualitative Studie
Januar 2003 – März 2003	Ausarbeitung des Fragebogens	
April 2003	Feldarbeit	
Mai 2003	Datenbereinigung, Konstruktion der abgeleiteten Variablen	
Juni 2003 – Dezember 2003	Datenanalysen, Zwischenbericht für Quali-Studie	
Januar 2004 – Februar 2004	Datenanalysen, Tabellen, Grafiken	Interviewleitfaden Vorbereitung der

		Interviews
März 2004 - Mai 2004	Datenanalysen, Tabellen, Grafiken Zwischenbericht für Workshops	Durchführung der Interviews; Aufbereitung
Juni 2004 – Juli 2004	Datenanalysen, Tabellen, Grafiken	Auswertung der Interviews; Bericht
August 2004 - Oktober 2004	Endbericht	

8. Beantragte Mittel

Position	EUR
Sachkosten	
Befragung	95.000,-
Reisemittel	3.120,-
Geschäftsbedarf (Kopien, Druckkosten)	1.000,-
Literatur	1.000,-
<i>Zwischensumme Sachkosten</i>	<i>100.120,-</i>
Personalbedarf	
1 wiss. Mitarbeiter BAT IIa (22 Monate)	105.000,-
Gesamtsumme	205.120,-

8.1 Begründungen

Zur Befragung:

Vorgesehen ist eine standardisierte mündliche (Telefon-) Befragung von je 1000 Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern jeweils in West- und in Ostdeutschland im Alter ab 16 Jahre (insgesamt 4000 Fälle). Es handelt sich also um eine disproportionale Stichprobe, die in allen vier Sektoren repräsentativ für die jeweilige Grundgesamtheit sein muss. Zwei Kostenvoranschläge (von ifep und forsa im Herbst 2001) bezifferten den Preis (einschl. MwSt) mit DM 180.000.- bis DM 200.000.- Dabei handelt es sich um günstige Angebote, weil der Preis pro Interview bei knapp DM 50.- und damit am unteren Ende der Preisskala aller Meinungsforschungsinstitute liegt. Maßgeblich für die endgültige Auswahl des Instituts ist vor allem das (in unserem Fall besonders anspruchsvolle) Stichprobendesign sowie der zur Verfügung stehende Adressenpool. Eine Entscheidung ist erst nach ausführlicher Rücksprache mit beiden Instituten möglich.

Hinsichtlich der Fallzahlen haben wir unsere Ansprüche aus Kostengründen stark beschränkt. 4000 Interviews scheinen auf den ersten Blick eine üppige Datenbasis darzustellen. Bei genauem Hinsehen trifft dies aber nicht zu, wie folgende Modellrechnung zeigt. Der Einfachheit halber gehen wir davon aus, dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern und Unorganisierten in West und Ost jeweils 15 Prozent beträgt (in Wirklichkeit liegen die Werte im Westen etwas niedriger, im Osten dafür etwas höher). Mit jeweils 1000 Befragten würden wir dann jeweils 150 rechtsextrem eingestellte Personen für die Analyse realisieren:

	Befragte insgesamt	Darunter rechtsextrem eingestellte Befragte
Mitglieder West	1000	150
Mitglieder Ost	1000	150
Bevölkerung West	1000	150
Bevölkerung Ost	1000	150

Aus der nachfolgenden Übersicht am Beispiel von 150 rechtsextrem eingestellten Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland wird erkennbar, dass die Grenzen des Datenfundus rasch erreicht sind. Schätzungsweise werden folgende Fallzahlen realisiert:

Rechtsextrem eingestellte Gewerkschafts- mitglieder in Westdeutschland insgesamt	150
<i>Davon:</i>	
Männer	75
Frauen	75
Arbeiter	70
Angestellte	50
Beamte	15
Rest	15
- 24jährige	27
25-44jährige	60
45-64jährige	40
Über 64jährige	23
Männliche Arbeiter	60
Männliche Angestellte	15
Männliche Beamte	10
Arbeiterinnen	10
Angestellte Frauen	35
Beamtinnen	5
25-44jährige angestellte Frauen	12
25-44jährige männliche Arbeiter	25

Wenn diese Gruppen weiter untergliedert werden sollen, beispielsweise nach Branchen, Tätigkeitsmerkmalen, Arbeitszufriedenheit etc., dann ergeben sich rasch leere Zellen. Das bedeutet, dass sich die Datenanalyse trotz der hohen Ausgangszahlen auf begrenzte Merkmalskombinatio-

nen beschränken muss. Unsere Tests mit Fremddaten lassen vermuten, dass die vorgesehenen Fallzahlen hinsichtlich unseres Erkenntnisinteresses gerade noch vernünftige (signifikante) Resultate ergeben dürften. Würde die Zahl der Interviews reduziert, wäre das jedoch nicht mehr gewährleistet.

Reisemittel:

Die Reisemittel werden für die Durchführung der Interviews und der Gruppendiskussionen verwendet. Da wir erst nach dem Vorliegen der Ergebnisse der quantitativen Untersuchung die Auswahl der Gesprächspartner vornehmen können, ist eine genaue Aufstellung der Reisekosten zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Wir gehen von folgendem durchschnittlichen Bedarf für Reisen außerhalb der Region Berlin-Brandenburg aus:

12 Reisen von je 2 Tagen für jeweils eine Person:	€ 3.120,-
Bahnfahrt	€ 135
Übernachtung	75
Verpflegung, usw.	50
Summe (pro Reise)	€ 260

Ersatz für Werkverträge:

Für die Unterstützung bei der Datenauswertung, der Anfertigung von Tabellen und Grafiken, für die Beschaffung von Literatur und zur Transkribierung und Auswertung der Interviews wollen wir Praktika für HBS-StipendiatInnen anbieten.

Geschäftsbedarf:

Der Kostenansatz in dieser Rubrik bezieht sich im wesentlichen auf die Herstellung, Vervielfältigung und den Versand von Berichten im Zusammenhang mit der qualitativen Studie.

Zum Personalbedarf:

Die Vorbereitung der Befragung, ihre theoretische Einbettung, ihre Auswertung und schriftliche Darstellung ebenso wie die Durchführung der vorgesehenen qualitativen Interviews mit gewerkschaftlichen Akteuren erfordert eine kontinuierliche und konzentrierte wissenschaftliche Mitarbeit in allen Phasen des Projekts. Die drei Antragsteller beabsichtigen, durchschnittlich ca. 10 Prozent bis 20 Prozent ihrer Arbeitszeit in das Projekt einzubringen, sie werden somit einen nicht unerheblichen Beitrag zur Steuerung und Fundierung des Projektes leisten. Jedoch sind sie aufgrund ihrer

sonstigen akademischen Aufgaben nicht in der Lage, ein für die Projektbearbeitung ausreichendes Zeitbudget zur Verfügung zu stellen.

Die beantragte MitarbeiterIn soll vor dem Hintergrund der theoretischen und gesellschaftspolitischen Einordnung des Projektgegenstandes maßgeblich an der Entwicklung des Fragenkatalogs beteiligt sein. Danach wird ihre Haupttätigkeit für mehrere Monate in der Datenaufbereitung und -analyse sowie in der Anfertigung der Zwischenberichte bestehen. Weiterhin gehört es zu ihren Aufgaben, aus den quantitativen Ergebnissen einen Leitfaden für die qualitativen Interviews zu entwickeln und die Interviews vorzubereiten. Gemeinsam mit den Antragstellern wird die MitarbeiterIn dann die Interviews durchführen und auswerten und den Abschlussbericht verfassen.

Anhang

Dimensionen und Statements der Rechtsextremismus-Skala

1. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur

- a) Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- b) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- c) Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen schaden dem Volksganzen.
- d) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
- e) Wahlen sind nur dann gut, wenn dadurch keine Linken an die Macht kommen.

2. Chauvinismus

- a) Es sollte Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen.
- b) Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- c) Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- d) Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.
- e) Andere Völker mögen wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

3. Ausländerfeindlichkeit

- a) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
- b) Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
- c) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- d) Wer als Ausländer in Deutschland bleiben will, muss die deutsche Kultur übernehmen.
- e) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

4. Antisemitismus

- a) Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
- b) Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Juden dauernd das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen.
- c) Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
- d) Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
- e) Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.

5. Sozialdarwinismus

- a) Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
- b) Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- c) Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
- d) Wir betreiben zu viel Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten.
- e) Geisteskranken sollte man verbieten, Kinder zu bekommen.

6. Verharmlosung des Nationalsozialismus

- a) Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
- b) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- c) Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
- d) Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit ziehen.
- e) Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens genauso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit.